



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/256 - 3.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Neuer Kampf um Berlin	S. 1
Tschechische Armee wird sowjetisiert	S. 3
Deutsche in fremden Uniformen	S. 4
Beilage: PV-Sitzung	

Die "Achtel-Blockade"

A-ler. Das Interzonen-Abkommen ist zwar schon lange unterzeichnet worden, aber es ist nicht in Kraft - und es kann nicht in Kraft treten, weil die erfindungsreichen und schinkanefreudigen sowjetischen Hintermänner Pankows immer wieder auf teuflische Schliche kommen, um seine Verwirklichung zu hintertreiben. Es erweist sich heute, daß die seinerzeit so gefeierte Jessup-Malik-Vereinbarung über die Aufhebung der Berliner Blockade den Sowjets genug Möglichkeiten zur Politik der Nadelstiche offenließ. Ihr entscheidender Nachteil war die Nichtzusicherung freier Zufahrtswege nach Westberlin. Das rächt sich heute. Der Handel von und nach Berlin ist mehr oder weniger vom Gutdünken der Sowjets abhängig. Was sich in den letzten Tagen in und um Berlin abspielte, ist mehr als ein Nadelstich: Es ist der Versuch, Westberlin sozusagen auf kaltem Wege in den Herrschaftsbereich der Sowjets einzubeziehen.

In Düsseldorf hatten sich die west-östlichen Unterhändler nach wochenlangem Feilschen auf eine garantierte Lieferung von 35000 te-Walzwerk-Erzeugnissen und 15000 to Rohstahl an die Sowjetzone bis zum 31. März nächsten Jahres geeinigt. Plötzlich fand der sowjetzonale Verhandlungsführer Orlopp ein Haar in der Suppe. Nicht nur, daß er keinerlei Bereitschaft zeigte, die Verkehrs-

Schikanen aufzuheben, er machte die Gültigkeit des Abkommens von einer Vorverlegung der Lieferungsstermine bis zum 31. Dezember abhängig. Der eigentliche Pferdefuß zeigte sich aber in dem Verlangen, alle bestehenden Schwierigkeiten in direkten Verhandlungen der Sowjetzone mit Westberlin zu lösen.

Der Berliner Senat hat durch den Mund seines Oberbürgermeisters Reuter darauf eine würdige Absage erteilt. Die sowjetische Hinterabsicht ist klar: Auf dem Umwege über Direktverhandlungen soll der nie aufgegebene sowjetische Anspruch, daß ganz Berlin zur Sowjetzone gehöre, erhärtet werden. Die seit der Spaltung Deutschlands über dem freien Westberlin schwebende Bedrohung erhält dadurch eine neue Akzentuierung, ja sie ist seit den Blockadetagen der bisher gefährlichste sowjetische Vorstoß. Die Sowjets wollen die Verwundbarkeit Berlins als Waffe gegen Berlin und möglicherweise auch als Pfand in einem eventuellen Vierergespräch benutzen.

Was nun? Die Blockade Berlins ist im Gange, sie hat zwar noch nicht die Ausmaße von 1948 erreicht. Immerhin trifft auch diese Achsel-Blockade, wie ein Berliner Beobachter die Abschnürungsmaßnahmen der Sowjets treffend bezeichnete, Berlin sehr schwer. In Westberlin lagern Waren im Werte von 60 bis 70 Millionen West-M. Sie können nicht abtransportiert werden, weil sich die Sowjets weigern, die Warenbegleitscheine auszustellen. Zunehmende Kurzarbeit, steigende wirtschaftliche Schwierigkeiten und Mangel an Brennstoffen für Haushaltungen, mit allen unerfreulichen Begleiterscheinungen, kennzeichnen die gegenwärtige Berliner Situation. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Das scheint man, wenn auch zögernd, bei den westlichen Alliierten erkannt zu haben. Man spricht davon, daß die kleine Luftbrücke verstärkt werden soll. Gegenwärtig werden täglich 100 Tonnen von und nach Berlin geflogen. Man will diese Leistung auf 500 bis 600 Tonnen täglich bis Ende dieses Monats steigern.

Das ist die einzig wirksame Antwort auf sowjetische Erpressungsversuche. Diese Antwort darf jedoch nicht allein von den Westalliierten gegeben werden, ihr hat auch vor allem die Bundesrepublik starken Nachdruck zu verleihen, wenn sie ihren Verpflichtungen, Treuhänder des ganzen deutschen Volkes zu sein, nachkommen will. Daß Berlins gewählte Vertreter immer wieder als Bittsteller an Bonns Tür klopfen müssen, gehört nicht zu den Ruhmesblättern deutscher Nachkriegsgeschichte. Wie es heißt, hat die Berliner Delegation auch jetzt wieder beim Bundeskanzler nicht gerade großes Verständnis für die Notlage Berlins gefunden. Das ist äußerst bedauerlich, zumal diese Politik, wenn vielleicht auch ungewollt, so doch in der Wirkung, die Sowjets zu ihren immer neuen Vorstößen ermutigt.

Sowjetisierung im Schatten der Armee

H.-Wien, Anfang November

"Kraft ihrer Sendung kommt der Armee bei der Gestaltung der neuen Gesellschaft eine progressive Rolle zu. Selbstverständlich können wir auf dem Gebiete der Körpererziehung und bei der Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für die Einhaltung der Arbeitsmethoden nicht von den Grundsätzen der Partei, vor allem aber nicht davon abweichen, was wir hier von der Sowjetunion lernen können". Mit diesen Worten hatte der tschechische Verteidigungsminister General Dr. Cepička Mitte September einen neuen Abschnitt in der Sowjetisierung der Tschechoslowakei eingeleitet. Der Kampf richtet sich gegen die Überreste alter Ordnung auf dem Gebiet der Körpererziehung und des kulturellen Lebens.

Die panslawistische Sokol-Turnbewegung, die nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts ihren Ausgang von Böhmen aus nahm und bald unter den slawischen Völkern Südosteuropas zu einem Sammelbecken des national-konservativen Besitzbürgertums wurde, hat auch dem Kommunismus bisher Widerstand entgegenzusetzen versucht. Der Sokol, der übrigens bereits während des ersten Weltkrieges an Sabotage- und Abwehraktionen gegen die k. und k. Monarchie beteiligt war, verfügte über mehrere Millionen Mitglieder, die die Erfahrungen aus der Zeit der Fremdherrschaft auch während der Nazi-Besetzung wieder zu nützen wußten.

Nach dem kommunistischen Umsturz 1948 sollte auch diese tschechische Massenorganisation des ehemaligen Bürgertums auf die Kreml-Linie gebracht werden. Aber die geplante Gleichschaltung verlief keineswegs programmgemäß. Erst vor wenigen Wochen sagte das ZK der KP und der tschechische Verteidigungsminister dem Sokol offen den Kampf an und beschuldigten ihn, daß er die auf seinem letzten Kongreß gefaßten Beschlüsse nicht durchgeführt habe, keine "lebendigen Methoden" anwende, die Generallinie der KP nicht einhalte und vor allem die Wehrerziehung vernachlässige. Der Sokol sollte nunmehr von der Armee in die Knie gezwungen werden. Man gründete dazu einen "Verband zur Förderung der Zusammenarbeit mit der Armee", der die Durchführung der Wehrerziehung

in den Massenorganisationen beaufsichtigt. Mit dem Ziel des Kampfes gegen alles Alte wurden Armee-Turnklubs gegründet und der Sokol-Kongreß, der bei den Tschechen seit fast einem Jahrhundert als der Höhepunkt nationaler Manifestationen in Erinnerung ist, wird künftig durch Armee-Sportkämpfe und militärische Spartakiaden abgelöst werden.

Ein weiterer Auftrag, den die Armee im Sinne der Festigung der kommunistischen Ordnung übernommen hat, liegt auf kulturellem Gebiete und lehnt sich fast wortgetreu an das sowjetische Vorbild an. Die militärischen Einheiten sollen gleichzeitig Mittelpunkte der parteipolitischen Arbeit sein. Musikzüge, Armeechöre und eigene Armeetheater reisen durch das Land. Sie spielen und singen aber keineswegs nur für Truppenangehörige, sondern treten in Fabrikhallen, landwirtschaftlichen Betrieben, Kulturabenden und ähnlichen Veranstaltungen auf, wobei ihr vorgeschriebenes Repertoire meist aus sowjetischen oder chinesischen Autoren besteht. Nach dem politischen und wirtschaftlichen Sieg über die alte Gesellschaft müsse nunmehr der kulturelle Sieg errungen werden. Die Taxung hinter nationalen Organisationen und die Beschwörung hussitischen Geistes zur Propagierung der Ziele Moskaus war aber bisher auch für die Tschechen so durchsichtig, daß sie vielfach noch versuchen konnten, passiven Widerstand zu leisten. Nun soll also die Armee die letzten Bastionen alter Ordnung einnehmen ...

+ + +

Kampf allen Fremdenlegionen !

P.H.H. Der Kampf gegen die Anwerbung deutscher Jugend für die französische Fremdenlegion scheint erneut in ein akutes Stadium zu treten. Er ist nicht neu. Die deutsche Sozialdemokratie hat schon vor 1914 und in der Weimarer Zeit in Presse und Versammlungen das wahre Gesicht der Legion warnend herausgestellt und gesetzlichen Schutz der Deutschen vor Verschleppung oder auch nur Anwerbung für die Legion gefordert. Auf der anderen Seite muß verhütet werden, daß diese Gegnerschaft gegen mißbräuchliche Ausnutzung der seelischen und wirtschaftlichen Not deutscher Jugend zur Auffüllung der Kader einer fremden Truppe, die dem reinen Kolonialimperialismus dient, von nationalistischen Elementen zur Aufpeitschung antifranzösischer Instinkte mißbraucht wird. Das Problem der Fremdenlegion ist nicht eine deutsch-französische Angelegenheit und nicht nur ein rein menschliches Problem, die Legionsfrage ist letzten Endes eine allgemein politische Frage, die alle demokratischen Staaten angeht.

Es gibt zur Zeit zwei Fremdenlegionen, außer der französischen die spanische. Es gab vor dem zweiten Weltkrieg drei, denn Holland hatte im heutigen Indonesien ebenfalls eine Ausländertruppe stationiert, zu der man mit Vorliebe deutsche Unteroffiziere rekrutierte. Es gibt weiter den Wunschtraum nordamerikanischer Politiker, durch eine Fremdenlegion im Großen die reinliche Auseinandersetzung über den Verteidigungsbeitrag der einzelnen Staaten in einem eventuellen Kampf Ost gegen West zu umgehen. Das Legionsproblem ist ein weltpolitisches. Die eine Legion ist so gefährlich und verderbt wie die andere.

Es sollte nicht vergessen werden, daß Franco, der Diktator Spaniens, seine militärische und politische Laufbahn als Major der spanischen Fremdenlegion begann. Es war die Legion, die ihm die Rifkabylen unterwarf und ihn so in die vorderste Reihe der politischen Offiziere rückte. Und wieder war es die Legion, deren Kadavergehorsam ihm den Rücken deckte, als er von Spanisch-Marokko auszog, um die spanische demokratische Republik zu stürzen. Sogar im eigentlichen Bürgerkrieg konnte Franco seine Fremdenlegionäre einsetzen. Diese geschichtliche Erfahrung, daß Fremdenlegionäre willfährige Instrumente im Bürgerkrieg sind, sollte dem Demokraten ausreichend sein, um die völlige Abschaffung aller Fremdenlegionen zu fordern.

Hinzu kommt, daß es wohl keine Regel des Völkerrechtes gibt, die die Fremdenlegionen in ihrer Geschichte nicht verletzt hätten. Was bei der Niederringung des letzten eingeborenen Königtums auf Madagaskar an Raub, Brand, Vergewaltigung und Massenzorden geschah, empörte sogar das französische Parlament und die arabische Welt kreidet immer wieder dem Deutschen die Gewalttaten und Unterdrückung an, die ihr durch die Fremdenlegionäre in Nordafrika geschah. Das mindeste, was Deutschland als Staat, dem die Gleichberechtigung mit den übrigen Atlantikstaaten zugesprochen werden soll und als Staat, von dem ein Verteidigungsbeitrag verlangt wird, zu fordern hat, ist die Aufhebung jeder Werbung für ausländische Truppen auf deutschem Boden. Nicht nur Frankreich, unter Mißbrauch seiner Besetzungsrolle, wirbt in Deutschland für seine Legion, sondern auch bei den spanischen Konsulaten kann der Deutsche erfahren, wie er in die spanische Legion kommt. Wer die französische Fremdenlegion bekämpfen will, muß die Idee der Legion überhaupt bekämpfen, und die "freie" Anwerbung von Deutschen für fremde Heere auf deutschem Boden verwerfen. Jede Fremdenlegion ist Ausdruck eines ungehemmten Kolonialimperialismus und jede Legion kann in Fällen innerpolitischer Hochspannung zu einem gefährlichen Instrument diktatorlusterter Offiziere werden.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

K o m m u n i q u é

Am 2. und 3. November tagte in Bonn der Vorstand der SPD. Nach einleitenden Referaten des Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher und des Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner sowie einer sich daran anschließenden ausführlichen Diskussion wurden einstimmig zwei Entschliessungen zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit und zu den gegenwärtigen Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts durch zweiseitige Verträge zwischen dem Bundeskanzler und den Hohen Kommissaren angenommen.

Zur Situation in Berlin und ihrer Zuspitzung durch die Ereignisse der letzten Tage sprach der regierende Bürgermeister Professor Reuter. Er teilte u.a. mit, dass trotz der sogenannten kleinen Luftbrücke zur Zeit Waren im Werte von 60 bis 70 Mill. DM in Berlin festliegen, für die die Sowjets die zum Transport nach Westdeutschland notwendigen Warenbegleitscheine verweigern. Reuter kündigte an, dass eine Steigerung der täglichen Transportleistung über die Luftbrücke erreicht werden soll.

Über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion berichtete Wilhelm Mallies, über Fragen des Verfassungsschutzes und des Informations- und Nachrichtenwesens Fritz Heine.

Zu dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) vom 7. bis 10. November und der damit verbundenen Frauenkonferenz werden Erich Ollenhauer und Herta Gotthelf entsandt.

Vom 14. bis 16. Dezember tagt der Generalkongress der Sozialistischen Internationale in Brüssel. An dieser Sitzung werden von der deutschen Sozialdemokratie Erich Ollenhauer, Fritz Heine und Hermann Veit teilnehmen.

Als vorläufiger Termin für den nächsten Parteitag der SPD wurden noch unbestimmte Tage im September 1952 festgelegt, wobei man sich auf Dortmund als wahrscheinlichen Tagungsort einigte. Die nächste Vorstandssitzung wird am 18. und 19. Dezember in Bonn stattfinden.

EntschlieBung I

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei,
der am 2. November 1951 einen Bericht über die Bemühungen um die
Einheit Deutschlands entgegennahm, begrüßt es, daß der Deutsche
Bundestag am 27. September die von der SPD-Fraktion eingebrachten
Anträge zum Beschluß erhob, die von der Feststellung ausgehen:

"Die vordringlichste politische Forderung des ganzen deut-
schen Volkes und seiner freigewählten Vertretung, des Deutschen
Bundestages, ist es, die Einheit Deutschlands in Freiheit mit
friedlichen Mitteln wiederherzustellen".

Damit hat der Deutsche Bundestag das Gesetz des Handelns im
Kampf um die deutsche Einheit in deutsche Hand genommen. Deshalb
verdienen die Versuche, diese Beschlüsse Stück für Stück abzutragen
und unwirksam zu machen, schärfste Zurückweisung. Mit Befremden
stellt der Vorstand der SPD fest, daß die Bundesregierung
selbst diesen Bestrebungen Vorschub geleistet und in der Bundestags-
sitzung vom 17. Oktober zugelassen hat, daß die Beschlüsse vom
27. September durch Sprecher von Regierungsparteien infrage ge-
stellt werden konnten.

Die Bundesregierung hat bei der Ausarbeitung einer Wahlord-
nung für freie Wahlen im Gebiet der vier Zonen und Berlin gewis-
sen föderalistischen Ansprüchen Rechnung getragen. Wenn die in
solchen Wahlen zu bildende Nationalversammlung von vornherein in
ihren Vollmachten beschränkt wird, wie es jetzt im Regierungs-
entwurf geschieht, wird dem sowjetzonalen Machtapparat die Chance
gegeben, im Mantel des "Föderalismus" auch nach freien Wahlen
störend zu wirken. Die Nationalversammlung muß verfassunggebend,
gesetzgebend, regierungsbildend und kontrollierend sein, um die
Schwierigkeiten der Übergangszeit meistern zu können.

Der Vorstand der SPD betont, daß es die ausschließliche Auf-
gabe der vier Besatzungsmächte ist, durch eine Übereinkunft die
Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die Bevölkerung der vier
Zonen und Berlins bei gleichen Bedingungen, unter internationaler
Kontrolle, frei wählen kann. In diesem Sinne ist die deutsche
Position angesichts bevorstehender Viermächte-Besprechungen durch
ein Höchstmaß an deutscher Initiative auszubauen. Dem Vorschlag,
durch freie Wahlen in allen Sektoren Berlins den Anfang zur Ver-
wirklichung der deutschen Einheit zu machen, den der Bundestag
am 27. September auf Antrag der SPD zum Beschluß erhob, ist größ-
tes Gewicht zu geben.

Entschliebung II

Die SPD warnt davor, die Verhandlungen über die sogenannte Ablösung des Besatzungsstatuts durch zweiseitige Verträge unter dem Druck eines Junktims (d.h. unlösliche Verknüpfung) mit Schuman-Plan und Plevan-Plan zu führen. Nur ein Deutschland, dessen rechtlicher und politischer Status normalisiert ist, ist imstande, in freier Entscheidung Verpflichtungen auf sich zu nehmen, die das Schicksal Deutschlands auf Generationen hin bestimmen.

Die SPD protestiert dagegen, daß bei der deutschen Öffentlichkeit der Glaube wachgerufen wird, daß der Status Deutschlands durch die sogenannten Ablösungsverträge allein bestimmt sein wird. Dieser wird grundlegend und in viel größerem Ausmaß im Zeichen einer zusätzlichen unterschiedlichen Behandlung durch die Vertragswerke bestimmt sein, die als Voraussetzung für die Änderung der Durchführung des Besatzungsregimes durch die westlichen Besatzungsmächte von der Bundesrepublik übernommen werden sollen.

Die SPD hält es für unerträglich, daß die deutsche Öffentlichkeit von der Bundesregierung nicht hinreichend und nicht richtig informiert wird und daß stattdessen der Bundeskanzler öffentlich den Eindruck zu erwecken versucht hat, als ob der Stand der Verhandlungen zu der Annahme berechtigt, daß in naher Zukunft der Zustand der Gleichberechtigung Deutschlands erreicht sein würde. Aus Äußerungen der Alliierten geht hervor, daß auf entscheidenden Sachgebieten die bisher einseitig Deutschland auferlegten Beschränkungen seiner politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung nicht beseitigt, sondern in unwiderrufliche vertragliche Verpflichtungen Deutschlands umgewandelt werden sollen.